

keit, die für Frühjahr 2009 vorgesehen ist, soll die Tätigkeitsentfaltung der Mission zunehmend die Ausübung exekutiver Befugnisse umfassen, wie sie in der Gemeinsamen Aktion 2008/124/GASP vorgesehen ist. Die EULEX PROGRAMME STRATEGY zeichnet diese schrittweise Entwicklung in Richtung exekutives Mandat auch im Wortlaut vor.

14. Abgeordneter
**Hartfrid
Wolff
(Rems-Murr)
(FDP)**
- Welche Sicherheitsstandards sind für die in Einführung befindlichen Multifunktionstelefone (Smartphones) für Regierungsmitglieder vorgesehen, und inwieweit weichen diese Sicherheitsstandards für Sprachübermittlung und SMS von denen für E-Post (E-Mail und sonstige Datenübermittlung) ab?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Peter Altmaier vom 26. März 2009

Die Übertragung sensibler Informationen in der Bundesverwaltung durch Sprach-, SMS-, E-Mail- und sonstige Datenübertragung orientiert sich an den Anforderungen der Verschlusssachenanweisung des Bundes.

Zur Übertragung solcher Informationen müssen mobile Kommunikationsgeräte mit Kryptokomponente verwendet werden, die vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) bis „VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“ zugelassen sind bzw. eine Einsatzempfehlung des BSI besitzen. Diese Sicherheitsanforderung gilt auch für Smartphones von Regierungsmitgliedern.

Da für die Übertragung einer sicheren mobilen Sprachkommunikation mit sicherer SMS-Funktionalität und die Übertragung für den sicheren Empfang von E-Mails derzeit vollständig unterschiedliche Übertragungsmechanismen genutzt werden, unterscheiden sich die technischen Ausprägungen der Sicherheitsmechanismen und sind nicht vergleichbar.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

15. Abgeordnete
**Mechthild
Dyckmans
(FDP)**
- Wie viele deutsche Kapitalgesellschaften (aufgegliedert nach der Rechtsform) wären nach Ansicht der Bundesregierung von den von der EU-Kommission vorgeschlagenen Erleichterungen für Kleinunternehmen im Bereich des Bilanzrechts (KOM(2009) 83) betroffen, nach denen eine Bilanz entfallen kann, wenn zwei der drei Kriterien (Bilanzsumme unter 500 000 Euro, Jahresumsatz weniger als 1 Mio. Euro und weniger als 10 Mitarbeiter) an zwei aufeinanderfolgenden Bilanzstichtagen

unterschriften werden, und welches jährliche Einsparpotential ergäbe sich bei deutschen Kapitalgesellschaften daraus?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Alfred Hartenbach vom 23. März 2009

Der Bundesregierung liegen keine exakten Zahlen vor, wie viele Unternehmen in Deutschland als sogenannte Kleinstunternehmen unterhalb der von der EU-Kommission in ihrem Richtlinienvorschlag (KOM(2009) 83; Ratsdokument 7229/09) vorgeschlagenen Schwellenwerte liegen würden. Das Statistische Bundesamt hat ermittelt, dass es etwa 490 000 kleinste Kapitalgesellschaften mit weniger als 10 Mitarbeitern gibt. Damit ist jedoch erst eines der drei Kriterien erfüllt, von denen zwei unterschritten werden müssen. Die EU-Kommission geht in ihrer Folgenabschätzung zum Richtlinienvorschlag (SEC(2009) 206; Ratsdokument 7229/09 ADD 1) auf der Basis von Schätzungen einer Studie von ca. 370 000 betroffenen Kleinstunternehmen in Deutschland aus. Eine Aufgliederung nach Rechtsformen liegt der Bundesregierung nicht vor; es wird sich weit überwiegend um Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHs) oder Kommanditgesellschaften ohne persönlich haftenden Gesellschafter (GmbH & Co. KG) handeln.

Der Umfang der Verringerung der Bürokratiekosten hängt von der Umsetzung der Richtlinienänderung ab, die den Mitgliedstaaten die Möglichkeit einräumt, Kleinstunternehmen von den für Kapitalgesellschaften geltenden Bilanzvorschriften auszunehmen. Die EU-Kommission geht in ihrer oben genannten Folgenabschätzung von 1 169 Euro einzusparendem jährlichem Verwaltungsaufwand pro Unternehmen in Europa aus. Sie setzt dabei aber voraus, dass die betroffenen Unternehmen vollständig von gesetzlichen Buchführungs- und Bilanzierungsverpflichtungen freigestellt werden. Näher liegt ein Vergleich mit Personenhandelsgesellschaften, die ebenfalls nicht in den Anwendungsbereich der EU-Bilanzrichtlinien fallen, jedoch zumindest vereinfachten nationalen Bilanzierungsregelungen unterstehen. Das Statistische Bundesamt hat bislang ermittelt, dass kleine Kapitalgesellschaften in Deutschland einen um ca. 500 Euro höheren jährlichen Aufwand durch Buchführung, Bilanzierung und Offenlegung als kleine Personenhandelsgesellschaften haben, der entfallen könnte.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

16. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)
- Wie viele Studierende waren in den Jahren 2004 bis 2008 immatrikuliert und hatten gleichzeitig einen Kindergeldanspruch (bitte nach einzelnen Jahren, in absoluten und prozentualen Anteilen, gemessen an der Gesamtzahl der immatrikulierten Studierenden sowie Finanzvolumen ausweisen)?